

Alkohol mit 16 schadet Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien

Mit 16 Jahren darf man in deutschsprachigen Ländern Alkohol trinken. Ein Ökonomen-Team aus Passau und Linz hat in einer umfassenden Datenanalyse erstmals die Wirkung dieses - international eher niedrigen - gesetzlichen Mindestalters am Beispiel von Österreich untersucht.

Ein niedriges gesetzliches Mindestalter beim Alkoholkonsum schadet ganz besonders Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien. Zu diesem Ergebnis kommt ein Ökonom*innen-Team der Universität Passau und der Johannes Kepler Universität Linz in der Studie „Minimum Legal Drinking Age and the Social Gradient in Binge Drinking“, die kürzlich als JKU Working Paper erschienen ist.

Die Forschenden haben am Beispiel Österreich erstmals eine umfassende Datenanalyse durchgeführt, die die Wirkung der gesetzlichen Regelung untersucht. Sie kombinierten dazu Daten aus Befragungen von Jugendlichen mit Daten der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse zu Krankenhauseinweisungen von 91.208 Jugendlichen im Alter von 13 bis 21 Jahren. Dazu nutzten sie Daten einer Feldstudie, bei der minderjährige Testkäuferinnen und -käufer versuchten, eine Flasche Wodka in Geschäften zu kaufen.

Unmittelbar nach dem 16. Geburtstag zeigen die Auswertungen einen sprunghaften Anstieg im Alkoholkonsum und in der Zahl der Alkoholvergiftungen. Interessanterweise deuten die Analysen aber darauf hin, dass sich diese Effekte kaum mit einem einfacheren Zugang zu Alkohol erklären lassen. Vielmehr ändern die Jugendlichen nach dem 16. Geburtstag einfach ihre Einschätzung, wie schädlich Komasaufen am Wochenende ist. „Offenbar herrscht das Motto: Wenn es der Gesetzgeber erlaubt, dann kann es gar nicht mehr so tragisch sein“, fasst Stefan Bauernschuster, Professor für Public Economics an der Universität Passau, zusammen.

Die wichtigsten Erkenntnisse im Überblick

Sobald das Alter von 16 erreicht ist, macht das Forschungsteam folgende Schätzungen:

- Die Menge an Alkohol, die die Jugendlichen in der vergangenen Woche konsumierten, steigt sprunghaft – und zwar von 55 Gramm Alkohol pro Woche auf 105 Gramm. Das entspricht etwa drei 0,5l-Flaschen Bier mehr im Durchschnitt.
- Die Wahrscheinlichkeit, im vergangenen Monat bei mindestens einer oder zwei Gelegenheiten fünf alkoholische Getränke oder mehr getrunken zu haben, steigt jeweils um zehn Prozentpunkte.
- Die Wahrscheinlichkeit, mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingewiesen zu werden, steigt unmittelbar nach dem 16. Geburtstag um 42 Prozent.

„Männliche Jugendliche und Teenager aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status reagieren am stärksten auf die gesetzliche Erlaubnis, Alkohol zu trinken“, sagt die Passauer Doktorandin Hannah Lachenmaier, die die Idee zu der Studie hatte. Bei ihrer von Professor Bauernschuster betreuten Masterarbeit, in der sie sich mit Alkoholkonsum und Kriminalität befasste, fiel ihr auf, dass es kaum Studien aus Europa zu diesem Thema gibt. Und das, obwohl Europa in Sachen Alkoholkonsum weltweit an der Spitze steht und das Mindestalter für Alkoholkonsum deutlich niedriger ist als in den USA, woher die meisten Studien stammen.

Keinen Effekt zeigten die Daten bei Jugendlichen, die Alkoholmissbrauch bei den Eltern erleben. Das heißt allerdings nicht, dass diese Jugendlichen keinen Alkohol konsumieren würden. Eher im Gegenteil: Der Alkoholkonsum sei bei dieser Risikogruppe bereits vor dem Erreichen des gesetzlichen Mindestalters hoch gewesen. Die Jugendlichen würden das Verhalten der Eltern imitieren, so die Interpretation der Forschenden.

Wenn die Politik Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besser vor Alkoholmissbrauch schützen möchte, könnte man laut den Forschenden eine schrittweise Anhebung des gesetzlichen Mindestalters in Erwägung ziehen. Alternativ solle aber auch über Maßnahmen nachgedacht werden, die sich speziell an die Risikogruppe der Teenager aus alkoholvorbelasteten Familien richten. Genau für diese Risikogruppe helfe eine Anhebung des gesetzlichen Mindestalters nämlich nicht.

Über die Autoren und die Autorin

Prof. Dr. Stefan Bauernschuster ist Inhaber des Lehrstuhls für Public Economics an der Universität Passau. Er ist Forschungsprofessor am ifo Institut München, Research Fellow des CESifo Netzwerks, Research Fellow des IZA Netzwerks und Mitglied des Ausschusses für Sozialpolitik beim Verein für Socialpolitik. In seiner Forschung verwendet er mikroökonomische Methoden, um politikrelevante Fragen aus den Bereichen Arbeitsmarkt-, Bevölkerungs-, Gesundheit- und Bildungsökonomik zu beantworten.

Hannah Lachenmaier hat International Economics and Business studiert und promoviert an der Universität Passau am Lehrstuhl von Prof. Dr. Bauernschuster. Die Studie ist der erste Teil ihrer kumulativen Dissertation.

Prof. Dr. Martin Halla leitet die Abteilung für Wirtschaftspolitik an der Johannes Kepler Universität Linz. Er ist Research Fellow des IZA Netzwerks und wissenschaftlicher Berater der Gesundheit Österreich GmbH.

Prof. Dr. Alexander Ahammer ist Assistenzprofessor (tenure track) für Applied Econometrics und Big Data am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz.

Originalpublikation:

<http://www.economics.jku.at/papers/2020/wp2025.pdf>

Weitere Informationen:

<https://www.digital.uni-passau.de/index.php?id=293>

<http://Lesen Sie zu diesem Thema auch: Gesetzliche Lizenz zum Komasaufen - Bericht des Autorenteams im Digitalen Forschungsmagazin der Universität Passau>